

# Landkreis will „Integration statt Isolation“

Erster Beigeordneter sprach in Niedereisenhausen zum Thema Unterbringung von Flüchtlingen / Auch Unmut wurde laut

VON SASCHA VALENTIN

**STEFFENBERG-NIEDEREISENHAUSEN.** Zwischen 40 und 60 Flüchtlinge könnte die Gemeinde Steffenberg im kommenden Jahr aufnehmen müssen. Diese Zahl hat der Erste Kreisbeigeordnete Marian Zachow (CDU) bei der Bürgerversammlung in Niedereisenhausen genannt. Insgesamt rechnet der Landkreis im kommenden Jahr mit etwa 2.000 Flüchtlingen aus den verschiedensten Herkunftsländern.

Die Ukraine mache sicherlich einen Großteil aus, sagte Zachow. Darüber hinaus zählten zuletzt aber auch Menschen aus der Türkei, Syrien, dem russischen Raum, Afghanistan und Afrika zu den Asylsuchenden. Zachow bekräftigte einmal mehr, dass es im Landkreis Marburg-Biedenkopf keine Massenunterkünfte geben werde, wie das teilweise in Nachbarkreisen der Fall sei.

„Wir wollen nicht ab- und ausgrenzen, sondern Integration statt Isolation“, betonte er. Stattdessen sollen die Geflüchteten möglichst kleinteilig untergebracht werden – etwa in Mietwohnungen oder -häusern. Mit diesem Modell seien sie sowohl bei der Fluchtbewegung 2015, als auch im vergangenen Jahr bei den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine sehr gut gefahren, betonte Zachow. „Anfangs wurden wir dafür zwar belächelt, aber letztlich haben wir deutschlandweit zahlreiche Nachahmer gefunden.“

Allerdings funktioniere das nur, wenn die Bürger mithelfen und entsprechenden Wohnraum zur Verfügung stellen, verdeutlichte der Kreisbeigeordnete. Ein leerstehendes Obergeschoss im eigenen Haus, eine Wohnung, die nicht



Erster Kreisbeigeordneter Marian Zachow (CDU).

FOTO: SASCHA VALENTIN

vermietet sei oder gar ein Ferienhäuschen – alles sei willkommen und werde nach einer entsprechenden Prüfung vom Kreis angemietet, um es als Unterkünfte für die Flüchtlinge bereitzustellen.

Vier Unterkünfte in Niedereisenhausen und Quotshausen seien ihnen bereits gemeldet worden, führte Zachow weiter aus und auch der Steffenberger Bürgermeister Gernot Wege (parteilos) betonte, dass die Gemeinde kommunale Liegenschaften für 10 bis 15 Personen zur Verfügung stelle. Dass diese Praxis unter Umständen auch unerwünschte Effekte haben könnte, darauf verwies in der Versammlung Holger Schwarz. Er rechnete vor, dass der Kreis pro in einem Haus aufgenommenen Flüchtling eine Miete von rund 15 Euro pro Tag zahle. „Bei einer Familie mit fünf Personen sind das 75 Euro am Tag und 2.250 Euro im Monat“, sagte Schwarz und wollte von Zachow wissen, wie das zu den normalen Mietpreisen im Hinterland passe. Dabei führte er das Beispiel eines



Der Landkreis setzt bei der Unterbringung von Flüchtlingen auf Kleinteiligkeit. Die Gemeinde Breidenbach hat im alten Wiesenbacher Dorfgemeinschaftshaus mehrere Zimmer für die Aufnahme von Flüchtlingen eingerichtet. ARCHIVFOTO: MARK ADEL

Hauses in Dautphetal an, das für 600 Euro im Monat vermietet werde. Schwarz befürchtete, dass sich einige gewiefte Geschäftsleute mit dem Ankauf und der Vermietung von Wohnraum „die Taschen vollmachen“ könnten.

Dem hielt Marian Zachow entgegen, dass der Ansatz von 15 Euro in der Berechnung bereits die oberste Grenze dessen darstelle, was gezahlt wird. In der Regel lägen die Leistungen deutlich darunter. Dass Vermieter damit reich würden, bezweifelte Zachow. Denn der Betrag gelte für voll möblierte Wohnungen inklusive Wasch- und Kochmöglichkeiten und decke zudem alle Aufwendungen des Vermieters ab.

Kritik äußerten einige Bürger, die bereits in der Vergangenheit Flüchtlinge untergebracht haben, an der mangelnden Unterstützung seitens des Kreises. Letztlich hätten sie als Gastgeber sich um alles kümmern müssen. Hierzu erklärte Bettina Hartmann vom Fachdienst Zuwanderung des Landkreises, dass gerade in Folge des Ukrainekrieges sehr viele Flüchtlinge in den Landkreis gekommen sind – teilweise auch über private Initiativen, von denen der Landkreis dann mitunter keine Kenntnis habe.

Aber auch bei zugewiesenen Flüchtlingen könne es vorkommen, dass das Amt mit der Erledigung schlichtweg nicht hinterherkomme. „Letztes Jahr mussten wir innerhalb weniger Wochen 4.000 Flüchtlinge unterbringen. Das sind so viele wie sonst in einem ganzen Jahr nicht“, ergänzte Zachow. Das stelle die Mitarbeiter vor eine enorme Herausforderung, betonte der Erste Kreisbeigeordnete.

Dieter Theiß monierte in der Versammlung, dass die Unterbringung der Flüchtlinge durch das Geld, das sie bekommen, letztlich zulasten der Steuerzahler gehe. Er hakte deswegen nach, wie viele der in den vergangenen Jahren im Landkreis angekommenen Geflüchteten mittlerweile einem Beruf nachgingen und damit ihr eigenes Geld verdienten. Aktuelle Zahlen lägen dazu nicht vor, sagte Marian Zachow. Einer älteren Erhebung zufolge gingen aber knapp die Hälfte der Menschen, die in der Welle 2015 nach Deutschland ge-

kommen sind, mittlerweile einem Beruf nach.

Auch Armin Reichel schloss sich der Kritik Theiß zumindest in Teilen an. Er berichtete von Fällen, in denen Flüchtlinge Sozialleistungen in Deutschland in Anspruch genommen hätten, im Sommer dann aber zum Urlaub in ihre Heimatländer gefahren seien. Sollte das Ausländeramt über solche Fälle Kenntnis erlangen, würde geprüft, ob den

betreffenden Personen der Schutzstatus aberkannt und sie ausgewiesen werden, erklärte Bettina Hartmann darauf. Eine Ausnahme bildeten dabei die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, denen es erlaubt ist, in ihrer Heimat zurückgebliebene Familienmitglieder zu besuchen.

Ein weiterer Kritikpunkt der Bürger in der Versammlung betraf die fehlende Pflicht für Flüchtlinge, einen

Deutschkurs zu absolvieren oder sich einen Beruf zu suchen. Gerade im Pflegebereich würden händeringend Mitarbeiter gesucht. Tatsächlich gebe es entsprechende Pflichten, stellte Marian Zachow fest. Allerdings greifen diese erst nach der Anerkennung des Asylantrags. Und das könne eben längere Zeit dauern.

Versöhnliche Töne schlug Eva Scheibehenne an, die sich

auch in der Vergangenheit schon im Rahmen der Flüchtlingshilfe engagiert hat und von ihren Erfahrungen berichtete. Sie appellierte an die Anwesenden, offen auf die Geflüchteten zuzugehen und diese einmal kennenzulernen. „Dann bekommt man auch einen ganz anderen Blick auf diese Menschen“, betonte sie und erhielt dafür Applaus aus den Reihen der Bürger.

Neben kritischen Stimmen zum Thema wurde aus den Reihen der Bürger auch Unmut darüber geäußert, dass Marian Zachow ausgerechnet im Rahmen der Bürgerversammlung Zeit eingeräumt wurde, die Bemühungen des Kreises für die Geflüchteten vorzustellen. Von den rund drei Stunden, die die Veranstaltung dauerte, entfielen allein auf Zachow Eineinviertelstunden.

Dabei handele es sich streng genommen gar nicht um ein Thema, das in eine Bürgerversammlung gehöre, sagte Armin Reichel. Die Unterbringung von Flüchtlingen sei eine Verwaltungssache, so dass der Bürgermeister zu einem gesonderten Termin hätte einladen sollen. So seien den Bürgern Zeit genommen worden, über ihre eigenen Anliegen sprechen zu können. Ähnlich hatte sich zuvor der Ortsbeirat Obereisenhausen geäußert, der eine Bürgerversammlung für jeden Ortsteil forderte, damit die Bürger Gelegenheit haben, ihre Anliegen vorzubringen.

Anzeige

Die **FFH** Adventsengel  
Christel Kalb aus Kassel



**REKORD-BLUTSPENDERIN UND GUTE SEELE**

**DANKE CHRISTEL,**  
dass du mit deinen Taten  
die Welt ein Stückchen  
besser machst



Scannen und Anmelden!

